



Antrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Digitale Souveränität im Zahlungsverkehr stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Digitale Beahldienste können mobiles Bezahlen für Bürgerinnen und Bürger vereinfachen. Für die öffentliche Verwaltung können sie als Zahlungsalternative dazu beitragen, Zahlungsprozesse effizienter zu gestalten und dabei Kosten sowie Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

Eine leistungsfähige digitale Verwaltung sollte bei der Auswahl digitaler Zahlungsdienste neben Nutzerfreundlichkeit, Datenschutz und Wirtschaftlichkeit auch die digitale Souveränität berücksichtigen. Gerade im Zahlungsverkehr gilt es, einseitige Abhängigkeiten von außereuropäisch kontrollierten Anbietern und Infrastrukturen zu reduzieren und europäische Lösungen zu stärken. Damit können Wertschöpfung, Datenhoheit und technologische Gestaltungsmöglichkeiten in Europa gesichert werden. Mit europäischen Zahlungslösungen wie Wero stehen hierfür zunehmend Alternativen zur Verfügung.

Der Landtag bittet die Landesregierung, zu prüfen, bei welchen Gebührenzahlungen auf Landesebene digitale Beahldienste als zusätzliche Zahlungsmöglichkeit etabliert werden können. Bei Auswahl und Ausgestaltung der Zahlungsangebote sollen neben Datenschutz, Nutzerfreundlichkeit, Barrierefreiheit und Wirtschaftlichkeit insbesondere die Ziele der digitalen Souveränität berücksichtigt werden. Dabei sollen europäisch getragene und kontrollierte Zahlungslösungen bevorzugt und Abhängigkeiten von einzelnen außereuropäischen Anbietern und Infrastrukturen möglichst vermieden werden.

Der Landtag bittet die Landesregierung, für europäische Beahldienste wie Wero gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden unter Einbeziehung von

Dataport und dem ITV.SH eine Roadmap für den kommunalen Rollout zu entwickeln. Die Landesregierung wird gebeten, diesen Prozess der Nutzung dieser Alternativen auf kommunaler Ebene zu unterstützen.

Bei der technischen Integration von digitalen und europäischen Bezahl diensten sind bereits die aktuellen Entwicklungen und Möglichkeiten rund um die Einführung der EUDI-Wallet sowie des digitalen Euro, insbesondere im Bereich der Transaktionsfreigabe mitzudenken. Dabei ist sicherzustellen, dass keine monopolartigen Strukturen entstehen und die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Zahlungsanbietern erhalten bleibt.

Ole-Christopher Plambeck
und Fraktion

Oliver Brandt
und Fraktion